

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 254.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 199.

Bezugspreis f. Halle u. Sorau 2.50 M., durch d. Post bezogen 3 M. f. d. Vierteljahr. Ver-
sendungspreis Nr. 259. Die Gall. Stg. erscheint wöchentlich außer am. - Gratis-Beilage:
Gall. Couriers (Högl, Heußelbein), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Randv. Witzblatt.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. halbjährliche Beilage od. deren Raum f. Halle u. den Graßfurt
30 Wg., andernorts 20 Wg. Resten am Schluss des rechnerischen Monats die Seite 100 Wg.
Anzeigen-Annahme b. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Zeitungs-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1273. Eing. Gr. Braunstraße.
Schriftleitung: Dr. Walter Gebelien in Halle a. S.

Sonnabend, 2. Juni 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon Amt Via Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Mele in Halle a. S.

Duma und Regierung.

Die vereinigten Heerhaufen des Radikalismus laufen in der Duma jetzt tagtäglich Sturm gegen die ziemlich feste Stellung des Ministeriums, das ihnen mit einer sehr bemerkenswerten Kühnheit gegenübersteht. Es kann auf Männer von einiger politischer Erfahrung doch unmöglich Eindruck machen, wenn der Volkstribun Modschinow, der bei seinen argeiten Jahren etwas mehr Würdigung und gebührenden Menschenverstand beweisen sollte, den Ministern zuseht: "Sie haben zu geben, wenn Sie Ehre in Siebe haben!" Und wenn launisch auf diese Schlussworte den Reformen aller Neben und den Anbegriff der Duma bilden, so wird das Ministerium nicht von der Gnade der Duma, sondern im Auftrag seines Herrn am Plage stehen und seine Ehre darin erblicken, daß es zu bleiben hat, um dem Innigen der Radikalität die Strenge zu bieten. Es wird sich dieser Pflicht umso mehr bewußt sein müssen, als sich im Laufe der Unruhe über die Duma von Tag zu Tag mehr steigert. Was ist Anhalt gedient mit diesen Redereien über ein sogenanntes System, wenn die Partei der konstitutionellen Demokraten auch nicht einen einzigen brauchbaren Vorschlag zu machen hat. Zugegeben selbst, daß sie recht hätte in ihrem Streite gegen die Unerschütterlichkeit der ziemlich oberflächlich zusammengeputzten "Staatsgrundzüge", so wird sie eine Reform dieser letzteren doch nicht ganz unendlich erzielen, doch sie in der allernächsten Frage des Augenblicks, der Agrarfrage, unausführbar fordert. Die Neben des sogenannten Bauern Modschin, der in Wirklichkeit ein verbummelter Student und, wie die zahlreichen seitens des Präsidenten ihm erteilten Ordnungsrufe beweisen, directionsloser Schimpfpoß ist, sollte doch auch der Duma mehrheitlich klar machen, welchen Sturm Aufstand ernten wird mit dem von ihr gefassten Bescheid. Denn nicht in den tönenden Professorenreden der Duma, sondern in dem furchtbaren Radikalismus der von sämtlichen Sozialdemokraten aufgetriebenen Bauern liegt die ungeheure Gefahr des Augenblicks für das russische Reich. Wenn die Entscheidung erst an diese dumpfe und unzuverlässige Masse übergegangen sein wird, so sieht sich Anhalt vor einer Umwälzung ohne Gleichen, und tatsächlich beginnen bereits in weiten Bezirken die Bauern praktisch eine Durchführung ihres auf "Nationalisierung" des Bodens hinanzulauenden Agrarprogramms. Die Gutsbesitzer sehen sich dieser Bewegung schmerzhaft gegenüber, sie bieten ihre Bedingungen zu Sachverträgen aus, finden aber keinen Käufer, da niemand der Zukunft traut und die wohlhabenden Bauern selbst nicht daran denken, im Augenblicke Geld für Land zu bezahlen, das sie nach ihrer Meinung in vier Wochen ungenutzt haben können. Wenn die Duma mehrheitlich auch nur einen Schatten von politischer Einsicht behiege, so würde sie die Notwendigkeit erkennen, in Gemeinschaft mit dem Kabinete eine Gefahr zu beschwören. Aber die Kadetten sind längst nicht mehr im Stande, die Geister los zu werden, die sie selbst gerufen haben, und sie suchen die Schwäche ihrer Stellung, die ihnen nachher selbst zum Bewußtsein kommt, durch lärmende Vorwürfe gegen die Regierung zu verdrängen. Darüber soll man sich jedenfalls in Deutschland klar bleiben und sich nicht durch das der russischen Reputation sekundäre Geschwätz der Freimissionsblätter in eine schiefere Beurteilung hineinziehen lassen: der Zustand des Unfertigen und Ökonomie, in dem die ganze russische Volkswirtschaft sich bewegt, mag es als erklärlich erscheinen lassen, daß die Gesellschaft, die zum ersten Mal dem verhängnisvollen Quantentum mit gebundener Klinge gegenübersteht, den radikalen Anflügen der Duma mehrheitlich gegen das autoritative System noch immer zugehört, obwohl sie in ihrer Mehrheit augenscheinlich das Unerschütterbare des oppositionellen Radikalismus erkannt hat. Die Genußgesellschaft die Duma wagt gleichwohl von Tag zu Tag und die Regierung findet mit ihrer Abhilfe, 6 1/2 Millionen Desjätinen Aderland, Wiesen und Wald für den Uebertrag in bäuerliche Hände bereit zu stellen, den Verfall aller verlässlichen Patrioten. Unter dem Vorhabe des Ministers für Aderland, Fischwirtschaft, hat die Agrarcommission getagt, und nach ihren Beschlüssen soll der Staat 4 Millionen Desjätinen Aderland sowie 2 1/2 Millionen Wald zur Verteilung an die landarme Bauernschaft gegen die entsprechende Entschädigung vergeben. Außerdem laufen nun aber bei der Regierung täglich Angebote von Privatbesitzern ein, die bereits 3 1/2 Millionen Desjätinen betragen. Aus diesen soll ein besonderer Bodenfonds gebildet werden, und eine Bauern-Agrarbank soll die Veräußerung dieses angebundenen Privatbesitzes vermitteln. Sehr bezeichnend ist es, daß die Polen in der Duma, die fast durchweg der nationaldemokratischen Partei angehören, dem sozialpolitischen Doktrinarismus der Duma mehrheitlich mit Entschlossenheit widersprechen. Sie werden sich der Nationalisierung des Bodens durchaus widersetzen. Bereits bei der Adressdebatte äußerte einer ihrer aristokratischen Vertreter, daß bei der zwangsweisen Enteignung des Privatgrundbesitzes unter allen Umständen eine Ausnahme gemacht werden müsse, in jenen Landbeständen, "wo sich die Landwirtschaft in einem muster-giltigen Aufstande befindet". Dieser Versuch der Rettung des

politischen Großgrundbesitzes wurde allerdings mit eifrigem Schweigen aufgenommen, und als vor einigen Tagen ein anderer Pole darauf hinwies, daß der Nationalisierung des Bodens konsequenterweise auch die Nationalisierung jedes anderen Privatbesitzes folgen müsse, erregte er mit dieser unbreitbaren Kogit einen solchen Sturm, daß es dem Präsidenten kaum gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Und doch hat dieser Pole dem verständigsten Teile auch des russischen Volkes durchaus aus dem Herzen gesprochen, denn es gibt in der Tat keinen Grund, gerade vor dem mobilsten Kapital bei der Durchführung des kommunikativen Programms der Bauern Halt zu machen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 2. Juni.

Restaurierung des Heidelberger Schlosses.
Dem badischen Landtage ist eine Denkschrift zugegangen über die Restaurierung des Heidelberger Schlosses. Nach der Denkschrift kann sich die Regierung auf Grund der Gutachten von Sachverständigen der Ueberzeugung nicht länger verschließen, daß der Augenblick gekommen ist, in dem die Wiederherstellung des Otto-Heinrich-Baus in die Wege geleitet werden muß. Als leitender Grundgedanke soll dabei gelten, daß die Wiederherstellung auf das unumgänglich Notwendige zu beschränken ist. Nach dem Urteile der Sachverständigen, dem sich die großherzogliche Regierung anschließt, hat die Wiederherstellung die Ausbesserung der Umfassungsmauern, die Ergänzung und, soweit nötig, die Neuherstellung der zur Gewährleistung der Standfestigkeit des Baus notwendigen inneren Mauern und endlich die Aufbringung eines Daches zu umfassen. Nur das Erdgeschloß soll vollständig ausgebaut werden, weil in dieser Maßnahme ein besonders wirksames Mittel zur Erhöhung der Standfestigkeit des Baus gegeben wird, während die Obergeschosse nur mit Decken und Stützbögen zu versehen sind, wobei von der künstlerischen Umschmückung der Räume des Obergeschloßes nicht die Rede ist. Eine erste Teilforderung soll in einem Nachtragsetat zum Budget von 1906/07 angefordert werden.

Der stellvertretende Konsolidationsdirektor Erbprinz zu Hohenzollern erklärte sich nach Verhandlungen mit dem Reichskanzler für einen von Bülow einmütig bereit, im Amt auszuhalten.

Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen hat beauftragt am Freitag einen bis 6. d. Mts. dauernden Urlaub angetreten und sich noch vormittags im Automobil nach Darmstadt begeben. Von dort begibt sich der Prinz nach Frankfurt am Main zur Teilnahme an der Heilmann-Konferenz. Die Prinzessin Heinrich von Preußen ist Freitag nachmittag nach Jünnbrunn gereist.

Zienerleichen. Der Reichsanwalt meldet: Dem Vorstand der Ministerialabteilung für Justiz und Kultus Unterstaatssekretär Petri-Sträubing ist der Charakter als Ministerialbeamter mit dem Präsidenten Erzelgen verliehen worden.

Todesfälle. General a. D. v. Bergmann, früher Generalinspekteur der Submarine, ist im Alter von 61 Jahren an einem Herzleiden gestorben. — Nach einer Meldung aus München (Munich) ist Landtagsabgeordneter Wolf (Zentrum) Freitag nachmittag gestorben.

Der „arme“ Reichstag.

Die sozialdemokratische Presse widmet dem Reichstage zum Abschluß mitende Schmähsartikel. Das hat das Reichsparlament wohllich nicht verdient. Seine Tribüne hat in vollem Maße dem Agitationsbedürfnis und den Redebewegungen der „Genossen“ zur Verfügung gestanden. Was hat allein Weibel für unendliches Zeug straflos schwätzen dürfen! Aber freilich, an rednerischen Erfolgen ist die Sozialdemokratie außerordentlich arm gewesen. Die „alten Kamellen“ und die heretische Leidenschaftlichkeit des „ehelichen Fanatikers“ Weibel spielen gar nicht mehr. Man läßt alle die sozialdemokratischen Irablen ruhig über sich ergehen. Einfluß auf den Gang der Politik hat die Sozialdemokratie nicht im mindesten. Diese Tatsache läßt Mutmaßungen erschließen, wie wir beispielsweise deren in der „Leipziger Volkszeitung“ in folgenden Sätzen finden:

„Die Arbeiterklasse hat niemals dem Parlamentarismus überlassen, und daß sie es in Deutschland nicht tat, dafür sorgte schon das Fehlen des deutschen Parlamentarismus selber in ausreichender Weise. Aber so herum zu gehen wie jetzt hat sich der Reichstag noch nie gezeigt. Es kann das freilich nicht wunder nehmen. Je mehr die Misslage gegenüber sich zuspitzen, desto schärfer müssen diese Gegenstände auch im Reichstage zum Ausdruck kommen. Das geschieht aber eben dadurch, daß dieses Parlament nur noch Geleise gibt, die die Reichsregierung in die Irre zu führen beabsichtigt. Aber so herum zu gehen auf jede politische Selbständigkeit verzichtet und sich dem Zeufel des Absolutismus mit Haut und Haaren verschreibt, wenn ihm nur dieser Zeufel dafür die Arbeiter (I) im Saume läßt. Daß der Absolutismus dazu geneigt ist, hat der 21. Januar deutlich genug bewiesen. Der Reichstag aber wird sich nicht wunder können, wenn das einzige, was die Reichsregierung für dieses Gegenüber des Absolutismus übrig hat, bald nicht weiter mehr sein wird wie ein Stückchen Steinwurf.“

Die Arbeiterklasse selbst, für die am allerwenigsten das Leipziger Schimpfblatt das Wort zu führen berechtigt ist,

dürfte den Wert des Parlamentarismus, der ihr die zahlreichsten sozialreformatorischen Geleise bewilligt hat, wohl erheblich höher schätzen. Wenn aber die radikalen „Genossen“ wirklich den Reichstag nur eines Fluches und eines Steinwurfs für würdig halten, weshalb drängen sie sich denn hinein und verlangen auch noch in die Landtage eingelassen zu werden?

In der Konvention des Bundesrats am 30. Mai wurde dem Reichsbankgesetz für 1906, der Novelle zum Gesetz betreffend die deutsche Note vom 14. Juni 1900 und dem Handelsverträge mit Schweden die Zustimmung erteilt.

Konferenz deutscher Städtevertreter. Seit Donnerstag tagt in Stuttgart im Rathaus die 20. Konferenz deutscher Städtevertreter, die von über 30 Vertretern deutscher städtischer Räte und von Vertretern der Städte Zürich und Basel besteht ist. Als Vertreter des sächsischen Staates sind anwesend die Stadtverordnungen bei der Regierungsräte Dr. Leo und Dr. Zentgraf, Bürgermeister Gauß bezieht die Teilnehmer im Namen der Stadt, indem er auf die große Bedeutung der Statistik für die neuzeitlichen Großstadtverwaltungen hinweist.

Aus Baden. Die zweite badische Kammer hat das Ver-mögenssteuer-gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Zander angenommen.

Ausland.

Zu den Ereignissen in Madrid

wird uns von dort unterm 1. Juni weiter gemeldet: Der vermutliche Mischuldige an dem gefährlichen Bombenanschlag heißt Robert Hamilton und ist 50 Jahre alt. Er trug ein Messer und eine Summe von 75 Pesetas bei sich; eine Auskunft, wie er die Zeit gestern vormittag verbrachte, konnte er nicht geben, jedoch wohnte er einem Sterbepfand bei. Er weigert sich, Auskunft zu erteilen, wo er wohnte. Jemand, der mit dem Gefangenen sprach, erklärte, man könne über Hamilton nichts Sicheres ausfragen, er erkläre, er werde keine Aussagen vor dem englischen Konsul machen. Befragt, wer ihn am besten habe, antwortete er, der Barber in der Nähe des Bahnhofs, wo er verhaftet wurde. Hamilton spricht englisch, italienisch und spanisch.

Eine spätere Meldung läßt sich folgendermaßen aus: Ein Engländer namens Robert Hamilton wurde am Freitag unter dem Verdachte verhaftet, Mischuldiger von Matteo Morat zu sein, mit dem er auf dem Balkon in den Augenblicke stand, als die Bombe auf den königlichen Wagen geschleudert wurde. Ein Genard, der in einen gegenüberliegenden Hause sich befand, erkannte Morat, welchen er in Barcelona als verächtlich verhaftet hatte, und lenkte dann seine ganze Aufmerksamkeit auf Hamilton. Der Genard begab sich nach dem Anschlag auf den Bahnhof, um die Reisenden zu überreden und erkannte um 9 Uhr Hamilton, den er sofort verhaftete. Hamilton hatte seinen Schmutzrock abzuwerfen lassen; er ist von hohem Wuchs, blond und scheint im Alter von 35 bis 40 Jahren zu stehen; seine Haare rötlich nur bis zum Jahre 1899. Die Menge, die bei der Verhaftung zugegen war, wollte Hamilton lynchen; die Polizei war deshalb gezwungen, ihn in das Gebäude der Staatsgefängnisse zu bringen. Der Genard, der Hamilton verhaftete, behauptet, der wahre Urheber des Anschlags sei Matteo Morat.

Der König und die Königin haben Glückwünsche empfangen aus allen Teilen der Welt erhalten. Das Festprogramm hat keine Veränderung erfahren. Die Weiterung der Opfer wird nach Beendigung der Festlichkeiten erfolgen und den Anlaß zu einer großen Feierlichkeit geben. Das Praetorium der Königin, das mit Blut beflaggt worden war, wird wahrscheinlich in der Alameda kirche, die dem Orte, an dem die Bombe explodierte, gegenüber überlegt aufbewahrt werden. — Der König und die Königin führen Freitag vormittag im Automobil ohne Eskorte durch die Straßen Madrids und wurden von dem Publikum überall begeistert begrüßt.

Zwei bei dem Bombenanschlag ver wundete Personen sind Freitag nachmittag gestorben.

Der Polizei gelang es, Matteo Morat zu verhaften. Er wurde von Genardern aus Barcelona in den Augenblicke gefangen genommen, als er auf dem Südbahnhof den Zug besteigen wollte. Er trug Gehrock und Zylinder. Das Publikum schlug ihn blutig.

Der Londoner „Standard“ hatte am Tage des Attentats eine Meldung gebracht, wonach in London und Madrid eine anarchistische Verschwörung zur Ermordung des Königs Alfons an seinem Hochzeitstag aufgedeckt worden sei. Die Anarchisten sollen beschuldigt haben, nach der Ermordung in Madrid, Barcelona und 16 anderen großen Städten Spaniens die Kommune zu proklamieren und eine revolutionäre Regierung einzuführen.

Italien.

Neue Unterstaatssekretäre.
Der Triuna zufolge wurden am Freitag im Ministerium der Unterstaatssekretäre ernannt: Foeta im Ministerium des Innern, Pasce im Justizministerium, Dari im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Aubry im Marine- und Balleo im Kriegsministerium.

Frankreich.

Nach Tanger in See.
Der Kreuzer „Gallice“ ist am Freitag nach Tanger in See gegangen, um Genötigung für die Ermordung des Franzosen Garbannon zu verlangen.

Kammerpräsidentenwahl.
Bei Eröffnung der Sitzung der Deputiertenkammer am Freitag sind fünf alte Deputierten anwesend. Der Alterspräsident Bally

